

Rede im Parlament am 6. Dezember 2007

Rede zur Dringlichen II. Lesung des

## **„Gesetz über den Vollzug der Jugendstrafe in Berlin – Berliner Jugendstrafvollzugsgesetz“**

Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Lieber Kollege Kohlmeier! Ich bin beeindruckt darüber, dass Sie vor der parlamentarischen Arbeit der Union in diesem Haus so viel Respekt haben, dass Sie schon präventiv, ich will nicht sagen, pöbeln müssen, aber sich gegen das aussprechen, was ich noch überhaupt nicht gesagt habe, weil ich noch nicht dran war. Das zeigt mir, Sie haben Angst vor der sachlichen Auseinandersetzung. Sie wollen das präventiv klein halten, weil Sie ganz genau wissen, dass Sie in der Sache Unrecht haben.

Dass Sie diesen Professor Dünkel benennen, ist wirklich lächerlich. Ich habe mir die Zwischenfrage gespart: Wer hat denn diesen Herrn als Anzuhörenden benannt? - Es ist doch kein Wunder, dass der so etwas sagt. Da muss man sich doch nicht wundern!

Ich will Ihnen aber Anerkennung aussprechen, lieber Kollege Kohlmeier. Sie haben gerade in fünf Minuten am Rednerpult mehr geleistet als die Regierungskoalition in Monaten der Ausschussarbeit getan hat. Sie haben nämlich gar nichts gemacht. Kurz vor Toresschluss haben Sie noch ein paar Änderungsanträge vorgelegt. Grüne, FDP und Union haben das lange vorher getan. Das haben Sie immer mit Desinteresse begleitet. In der letzten Minute haben Sie einen Änderungsantrag vorgelegt, und der war eine riesige Enttäuschung. Gut war, dass Sie ein bisschen von uns abgeschrieben haben, nämlich die Deutschkurse, die wir haben wollen. Sie haben dann ein bisschen mehr von der FDP abgeschrieben, das ist auch in Ordnung. Ansonsten nur kleine redaktionelle Änderungen hier und da - das ist Ihr parlamentarischer Beitrag zu dem, was Sie als historisch bezeichnen in diesem Haus; insofern lächerlich.

Ich komme jetzt einmal zum Thema. Ich sage Ihnen, das, was heute passiert, steht unter der Überschrift „Chance vertan“. Sie haben die Chance vertan, für Berlin ein wirklich nachhaltiges und für die speziellen Bedürfnisse und Erfordernisse unserer Hauptstadt geeignetes Jugendstrafvollzugsgesetz vorzulegen. Der Kollege Behrendt hat das eben auch gesagt, dem kann ich im Wesentlichen zu 70 Prozent zustimmen.

Wir rufen uns einmal die Ausgangslage vor Augen, die wir in Berlin haben. Ich erinnere an die erschreckenden Zustände in der Jugendstrafanstalt: Handy- und Drogenschmuggel ist alltäglich und liegt in nie geahntem Ausmaß vor. Gewaltexzesse unter den jugendlichen Inhaftierten sind an der Tagesordnung, ein Zustand, der die berechtigte Sorge zulässt, dass diese jugendlichen Straftäter schlimmer aus der Haftanstalt herauskommen, als sie einst hineingeschickt worden sind. In diesem Zusammenhang erheben Jugendrichter das Wort und bestätigen diese Zustandsbeschreibung, verbunden mit der Aufforderung an die Politik, also auch an

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, endlich einen Rahmen zu schaffen, wo Erziehung wirklich möglich ist und zum Tragen kommt und eine Besserung der Inhaftierten überhaupt möglich ist.

Ich will nur noch einen Punkt sagen, es war zu erwarten, dass Sie darauf nicht eingehen, Herr Kohlmeier. Wir haben 40 Prozent Intensivtäter in der Jugendstrafanstalt und etwa 80 Prozent mit Migrationshintergrund. Wenn es Sinn macht, dass die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug im Rahmen der Föderalismusreform auf die Länder übertragen wurde, ist es meines Erachtens zwingend erforderlich, dass man der von mir eben kurz skizzierten Sonderrolle Berlins Rechnung trägt und die speziellen Voraussetzungen des Berliner Vollzugs berücksichtigt und nicht so ein Wischiwaschi-Gesetz vorlegt. Das haben Sie, das haben die Regierungskoalition und der Senat getan. Sie haben schwammige Vorschriften, die in der Praxis Tür und Tor dafür öffnen werden, dass das Regel-Ausnahme-Verhältnis umgekehrt wird. In diesem Zusammenhang muss man sagen, dass die zum Teil hohen Ziele und Ansprüche, die Sie für die Gefangenen normieren wollen - dem sind wir dem Grunde nach aufgeschlossen -, überhaupt nicht gegenfinanziert sind; Kollege Behrendt hat das gesagt. Sie haben weder die personellen noch die sachlichen Vorkehrungen dafür getroffen. Sie tun das, was Rot-Rot gut kann und schon oft unter Beweis gestellt hat, Sie produzieren eine reine Luftnummer.

Was noch viel schlimmer ist: Sie werten den Schutz der Allgemeinheit ab, mutmaßlich getragen von der längst überkommenen 68er Kuschelpädagogik-Ideologie, ohne Anerkennung der Realität, dass wir es in Berlin zum Teil mit jugendlichen Straftätern schwerster Prägung zu tun haben. Glauben Sie, insbesondere Sie, lieber Kollege Kohlmeier, wirklich, dass Sie mit dem, was Sie vorlegen, einen angemessenen Umgang mit den über 40 Prozent Intensivtätern in der Jugendstrafanstalt ermöglichen können? - Sie gehen auf die Besonderheiten der JSA Plötzensee nicht ein, Sie verweigern das Schaffen nötiger Ermächtigungsgrundlagen, um dem Handy- und Drogenschmuggel wirksam begegnen zu können.

[...] Ich komme zum Schluss. Die Union kann Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Wir werden uns enthalten, und das auch nur deshalb, weil wir unsere Verantwortung sehen, den Jugendstrafvollzug in unserer Stadt auf eine verfassungsmäßige, auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. In dem Sinne muss wohl gelten: Lieber ein schlechtes Jugendstrafvollzugsgesetz als gar kein Jugendstrafvollzugsgesetz.

Vielen Dank!